

بِسْمِ اللَّهِ الرَّحْمَنِ الرَّحِيمِ

Warnung!

Was derzeit stattfindet ist eine Kriminalisierung aller islamischen Handlungen!

Das Predigergesetz wird nun zum ersten Mal angewendet, als direkte Folge aus einer Predigt über die Palästina-Frage

(Übersetzt)

Am Dienstag, dem 27.11.2018, wird ein Ereignis stattfinden, welches erhebliche Auswirkungen auf die gesamte muslimische Gemeinschaft in Dänemark haben wird.

An diesem Tag wird das sogenannte Predigergesetz nämlich das allererste Mal vor Gericht gebracht werden. Politisches Begehren motivierte die Staatsanwaltschaft dazu, gemäß Artikel 136 Absatz 3 des Strafgesetzbuches ein historisches Verfahren gegen einen Imam einzuleiten: man wirft einem Prediger vor, die Menschen in seiner Freitagspredigt zur Ermordung von Juden angestiftet zu haben.

Die Behörden haben diesen Fall aufgegriffen, um die Verabschiedung des zuvor erwähnten Gesetzes in einem verzweifelten Versuch rechtfertigen, und die richterliche Entscheidung in diesem Fall zu einer Grundsatzentscheidung werden zu lassen, auf die in Zukunft aufgebaut werden kann. Dies, obwohl dieser spezielle Fall keinerlei Bezug zum Antisemitismus oder den Juden an sich hat, sondern vielmehr mit der zionistischen Besetzung des gesegneten Landes (Palästina). Ihr Ziel ist es, in Zukunft jede Art von Kritik von Seiten der Imame oder islamischer Prediger im Allgemeinen zu kriminalisieren, und dies stets unter dem Deckmantel der Antisemitismusklüge.

Seit dem Inkrafttreten des Predigergesetzes im Jahr 2017 konnten die dänischen Behörden keinen einzigen Fall dieses Gesetzes vor Gericht bringen. Das Gesetz wurde von Politikern nach der Ausstrahlung der Dokumentation „Moscheen hinter dem Schleier“ auf dem dänischen Sender TV2 im Jahr 2016 erlassen.

Das Gesetz wurde dann als „Predigergesetz“ bezeichnet. Laut Aussagen der Politiker sei das Gesetz speziell auf die muslimische Gemeinschaft ausgerichtet, welche die praktische Umsetzung der islamischen Gesetzgebung in Regierungsangelegenheiten befürwortet. In den Erläuterungen des Gesetzes heißt es, dass das Einwilligen in die Mehrehe (in Übereinstimmung mit den Bestimmungen

der islamischen Scharia und nicht auf Grundlage des Säkularismus) mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren bestraft wird.

Die vage und mehrdeutige Formulierung des Gesetzes, so z.B. der Abschnitt *„Einwilligung in rechtswidrige Handlungen“*, sorgte dafür, dass einige Fachleute das Gesetz als diskriminierend einstufen. So sagte bspw. Bente Hagelund, Dozentin der Universität von Kopenhagen: *„Die Anstiftung zu Gewalt und Vandalismus innerhalb einer Gemeinschaft ist nun ein Verbrechen. Die Motive machen deutlich, dass der Gesetzesentwurf auf legale, aber unbeliebte Aussagen abzielt... und einen Unterschied macht zwischen Organisationen, die wir mögen, und Organisationen, die wir nicht mögen.“* (Politiken, 14.08.2016) Es gibt zahlreiche Anzeichen dafür, dass dieser Fall politisch motiviert ist. Darunter die folgende Aussage der Staatsanwaltschaft, welche am 24.07.2018 vom dänischen Sender TV2 ausgestrahlt wurde, und aufzeigt, dass es der Staatsanwaltschaft an Zuversicht mangelt: *„Ich denke, es ist richtig, dass das Gericht nun die Möglichkeit hat, den Fall zu beurteilen.“* Diese Aussage zeigt deutlich auf, dass die Staatsanwaltschaft den Fall trotz mangelnder Zuversicht vor Gericht eingereicht hat.

Dabei ist dieser Mangel an Zuversicht noch nicht einmal verwunderlich, da jener Teil der Predigt, um den es in diesem Fall geht, eindeutig die barbarischen Praktiken der zionistischen Besatzungsmacht anspricht, und zudem erst in den Medien erwähnt wurde, nachdem ein zionistischer Propagandasender einen Teil der Predigt ausstrahlte. Dass dieser Sender eine Verbindung zum (israelischen) Mossad hat, ist bekannt.

Das Thema der erwähnten Predigt, welche im März 2017 in der Al-Farouk-Moschee abgehalten wurde, war der damalige Gipfel der Arabischen Liga. Ein Teil der Predigt erörterte die Palästina-Frage und die Lösung für die militärische Besatzung des gesegneten Landes aus Sicht des Islams: der *ǧihād*, bzw. die Beseitigung der Besatzungsmacht durch die islamische Armee.

Dies ist nicht das erste Mal, dass jemand, der dieses zionistisch-terroristische Gebilde kritisiert, von westlichen Politikern und Medien als antisemitisch bezeichnet wird. Selbst Juden, welche die Praktiken des zionistischen Gebildes öffentlich missbilligten, wurden schon als antisemitisch abgestempelt. Westliche Regierungen, darunter die dänische Regierung und viele ihrer Unternehmen und Banken, befürworten die Besatzung durch die zionistische Besatzungsmacht offen und unterstützen diese bei ihren Verbrechen. Es ist also nicht verwunderlich, dass ein zionistischer Sender wie MEMRI und dessen Lakaien unter den westlichen Politikern derart vorgehen, wenn Muslime das zionistische Gebilde kritisieren und die Lösung für dieses Problem aus Perspektive des Islam darlegen: nämlich die Beseitigung der (israelischen) Besatzungsmacht und die Befreiung Palästinas durch den *ǧihād*.

O ihr Muslime!

Dieser Fall zielt nicht auf einen bestimmten Imam oder eine bestimmte Moschee ab. Vielmehr soll damit jede islamische Meinung kriminalisiert werden, die den Politikern missfällt. Heute ist es ein Imam der Al-Farouk-Moschee, der vor Gericht

gestellt wird, während schon morgen ein anderer Imam, eine andere Moschee oder eine andere bekannte muslimische Persönlichkeit ins Fadenkreuz geraten könnte, nur weil sie die islamische Gesetzgebung über soziale Medien öffentlich befürwortet.

Die Gutgläubigkeit der Menschen wird auf die Probe gestellt, insbesondere wegen der Fülle an anti-islamischen Gesetzen, die in den vergangenen Jahren verabschiedet wurde. Noch immer meinen viele, dass sich derartige Gesetze auf eine bestimmte Person oder Organisation beschränken lassen und andere davon unbeeinträchtigt bleiben. Der Zweck des Predigergesetzes ist es, das Befürworten der Bestimmungen der Scharia zu kriminalisieren. So zeigte die bereits erwähnte Sendung, welche von TV2 ausgestrahlt wurde, das Ausmaß der Befürwortung der Scharia. Dies wurde von den Politikern ausgenutzt, um dagegen vorzugehen. Dabei sind es totalitäre Polizeistaaten, die für eine derartige Vorgehensweise bekannt sind, was im Widerspruch steht zu einem Staat, der sich als Hüter der Meinungsfreiheit betrachtet!

O ihr Muslime!

Dieser Fall wird in einer schrecklichen Niederlage für die islamfeindlichen Politiker und ihre Regierung enden, unabhängig davon, wie der Fall ausgehen mag. Endet der Fall mit einem Freispruch, so ist dies eine Niederlage in der Hinsicht, dass die erste Gerichtsverhandlung zur Anwendung des neuen Gesetzes mit einem Freispruch endete. Endet die Gerichtsverhandlung mit einem anderen Gerichtsurteil, so bekräftigt dies, dass das Gesetz darauf abzielt, das Recht der Muslime auf freie Meinungsäußerung einzuschränken, sei es auch nur in Hinblick auf die Frage nach dem besetzten Palästina. Dies würde belegen, dass die vom Westen angepriesene „Meinungsfreiheit“ die Muslime nicht miteinschließt.

Mit dem Verschleierungsverbot, dem Gesetz bzgl. Versammlungen von Minderheiten, den Einschränkungen für Privatschulen und dem Predigergesetz tritt die Fragilität und Falschheit der Prinzipien der Politiker deutlich zutage. Sie begraben ihre eigenen Werte; jene Werte, die sie seit geraumer Zeit anpreisen. Sie haben von den Muslimen immer verlangt, dass sie sich diesen Werten gegenüber loyal zeigen, dabei sind sie es, die ihre eigenen Werte mit Füßen treten.

Daher sollten sich die Muslime geehrt fühlen, solch großartige Werte – die Werte des Islams - tragen zu dürfen, und zugleich stolz auf diese Werte sein. Sie sollten die aktuellen Geschehnisse zum Anlass nehmen, um verstärkt an ihren Werten festzuhalten und zu diesen einzuladen.

﴿وَمَنْ أَحْسَنُ قَوْلًا مِّمَّنْ دَعَا إِلَى اللَّهِ وَعَمِلَ صَالِحًا وَقَالَ إِنَّنِي مِنَ الْمُسْلِمِينَ﴾

Und wer spricht bessere Worte als wer zu Allah ruft, rechtschaffen handelt und sagt: „Gewiss doch, ich gehöre zu den (Allah) Ergebenen“? (41:33)

13. Rabīʿ al-Auwal 1440 n. H.

21.11.2018 n. Chr.

Hizb-ut-Tahrir

Skandinavien